

# Der Tabak-Arbeiter

Organ der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Der Tabakarbeiter erscheint jeden Sonnabend und ist durch alle Postämter, Buchhandlungen und Kolporteurs sowie durch die Expedition zu beziehen. — Preis vierteljährlich 75 Pfg. ohne Bringerlohn per Kreuzband 1.15 Mk.; monatlich 25 Pfg., per Kreuzband 39 Pfg. Vorausbezahlung.

Anserate müssen bis Dienstag früh in unserer Expedition aufgegeben sein. Die 5spaltige Beitzzeile kostet 25 Pfg.; der Betrag ist voraus zu bezahlen. — Arbeitergesuche sind ausschließlich an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Faulenstraße 58/60, II. zu senden.

Nr. 5.

Sonntag, den 31. Januar.

1909.

Expedition: Leipzig, Tauchaer Strasse 19/21.

**Zur gest. Beachtung!** Berichte und Korrespondenzen für den Tabak-Arbeiter müssen bis spätestens Montag abend an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Faulenstraße 58/60, II. (Gewerkschaftshaus) oder bis Dienstag vormittag an die Redaktion, Leipzig, Südstraße 59, gesandt sein. Alle später eingehenden Sendungen werden zur nächsten Nummer zurückgestellt. Die Redaktion.

## Der Notschrei der Tabakarbeiter.

Wie tief die Erregung der Tabakarbeiter über die endlose Schikanierung der Tabakindustrie durch immer neue Steuerpläne geht, das ging bisher schon aus der Bewegung unter ihnen im ganzen Reiche hervor, die so hohe Wogen schlug, daß sogar ein Unternehmer der Zigarrenindustrie den Zigarrenarbeitern in einer Versammlung in Lübeck riet, einen Demonstrationzug der westfälischen Tabakarbeiter nach Berlin zu arrangieren und dort der Regierung ins Gewissen zu reden, daß sie von den Steuerqualereien der Tabakindustrie ablasse.

Den grotesken Rat befolgten die Tabakarbeiter natürlich nicht, aber sie rüsteten zu einer wichtigeren Kundgebung, sie delegierten zahlreiche Leidenskollegen zum Tabakarbeiterkongreß, der vom 18. bis 20. Januar im Gewerkschaftshaus zu Berlin tagte. In solch großer Zahl waren die Delegierten des grauen Glends noch auf keinem früheren Kongreß der Tabakarbeiter vertreten; 345 Abgesandte, darunter 6 weibliche, waren erschienen, die 168 245 Arbeiter und Arbeiterinnen aus 758 Orten vertraten. Und der Ernst der Lage kam in der — trotz des aufbäumenden Grolls — würdigen Haltung der Delegierten und in dem imposanten Verlauf des Kongresses zum Ausdruck.

Dem Genossen v. Elm war die Aufgabe zugefallen, die Lage, die durch die neueste Tabaksteuervorlage der Regierung geschaffen worden ist, umfassend darzustellen. Die umfassenden, von eindringender Sachkunde getragenen Darlegungen zeigten die ganze Größe der Gefahr, die der Tabakarbeiterschaft droht. Als er mit dem Aufruf zum schärfsten Kampf und dem erschütternden Hinweis schloß, daß die Existenz von 40 000—50 000 Arbeitern auf dem Spiele stehe, bewies die stürmische Akklamation der Rede, wie sehr sie den Empfindungen der Delegierten entsprochen hatte.

Dann folgte der Chor der Not. In schier endloser Reihe entrollten die Schilderungen der Delegierten von den Verhältnissen der Tabakarbeiter ihrer Bezirke ein Bild des Glends über das andre, Zeugnis über Zeugnis häufte sich, jedes eine Anklage, jedes ein Nachweis, bestätigt selbst durch amtliche und halbamtliche Nachrichten, daß die Tabakproletarier zu den schlechtest gelohnten Arbeitern zählen. Und zu den Hungerlöhnen tritt die Heimarbeit, die gefährliche, familienvergiftende!

Und diese jammervolle Existenz ist bei jeder Finanzverlegenheit des Reichs immer wieder bedroht worden. Und wenn auch die früheren Anschläge der Reichsregierung auf den Tabak erfolglos blieben, einen bösen Erfolg haben sie doch gehabt. Sie haben jede durchgreifende Besserung der Lage der Tabakarbeiter verhindert, weil die Tabakfabrikanten beständig befürchteten, daß das Reichsschatzamt neue Vorstöße gegen den Tabak unternehmen werde.

Die Kongreßdelegierten protestierten deshalb nicht nur gegen die Vanderolesteuer, die 40 000—50 000 Tabakarbeiter das Brot nehmen würde, sondern auch dagegen, daß den Tabakarbeitern der Kampf um höhere Löhne durch die Steuerpläne der Regierenden so gut wie unmöglich gemacht wird. Die qualvolle Unsicherheit, die durch die fortwährende Androhung und öftere Vorlegung neuer Tabaksteuervorlagen in die Tabakindustrie getragen wird, gibt den Unternehmern bequemen Vorwand zur Ablehnung von Lohnforderungen. Die Regierung trägt also in erster Linie die Schuld an der traurigen Lage der Tabakarbeiter.

Aus diesen und noch vielen andern Gründen wandte sich der Kongreß nicht bloß gegen die Vanderolesteuervorlage, sondern kämpfte gegen jede weitere Steuerbelastung des Tabaks an, in welcher Form diese auch aufträte. Denn jede weitere Belastung muß den Konsumrückgang, der der Vanderolesteuer folgen würde, mehr oder minder stark ebenfalls herbeiführen. Und die Gefahr der Belastung des Tabaks in anderer Form als durch die Vanderole ist brennend. Die bürgerlichen Parteien haben zwar Erklärungen gegen die Vanderolesteuer abgegeben und nicht wenige Abgeordnete aus der Regierungsmehrheit haben sich den Tabakarbeitern gegenüber verpflichtet, gegen diese Steuer zu stimmen, so daß ihr Schicksal besiegelt erscheint — aber eine Ablehnung jeder Mehrbelastung des Tabaks haben jene Parteien und Politiker damit nicht versprechen wollen. Im Gegenteil! Die Bestrebungen, eine andre Form höherer Tabakbesteuerung zu finden, sind unter den bürgerlichen Parteien lebhaft im Gange. Vermutlich wird die Sache in der Finanzkommission des Reichstags so verlaufen, wie bei der Beratung der Branntwein-Monopolvorlage. Die Vanderolesteuer würde danach abgelehnt, aber eine Subkommission eingeseht, die eine andre Vorlage zu höherer Besteuerung des Tabaks vorbereiten resp. ausarbeiten hätte.

Das scheint augenblicklich die größere Gefahr für die Tabakindustrie zu sein. So wies auch Genosse Reichstagsabgeordneter Geyer auf dem Kongreß ausdrücklich darauf hin, daß in den bürgerlichen Parteien geflissentlich die Anschauung genährt werde, nur die Vanderolesteuer sei der Zigarren- resp. Tabakindustrie gefährlich.

Angeichts dieser Umstände mußte der Kongreß über einen Protest gegen die Vanderolesteuer hinausgehen, er erklärte sich einmütig gegen jede höhere Besteuerung des Tabaks.

Diese Einmütigkeit des Kongresses sollte den bürgerlichen Parteien zu denken geben, denn der Kongreß war nicht eine Veranstaltung für sozialdemokratisch organisierte Tabakarbeiter, wie bürgerliche Zeitungen verdächtigend schrieben, sondern er umfaßte auch die Delegation der Gewerkschaften kirchlich-dünckerischer Richtung, und außerdem war die große Masse der — leider — unorganisierten Tabakarbeiter durch viele Delegierte vertreten.

Die gemeinsame Gefahr, die höchste Sorge um die Existenz hatte sie zusammengeführt zu einem Notschrei, der die Parteien des Reichstags um Schutz und Hilfe gegen die gefährlichen Steuerpläne der Regierung antastet. Und viele der Geängsteten trieb es in die Wandelgänge des Reichstags, wo sie dringlich die Abgeordneten ihrer Wahlkreise aufforderten, gegen die weitere Belastung des Tabaks zu stimmen und so der Gefahr und der ununterbrochenen Sorge um die Existenz ein Ende zu bereiten.

Möge dieser Appell an das Parlament nicht vergeblich sein; möchten aber auch die gesamten Tabakarbeiter einsehen lernen, daß ein Tabak ohne Existenz in ihrer Organisation liegt.

Leichter wird der Kampf, wenn alle vereinigt sind! Das lehrte auch der Kongreß.

## Protestbewegung gegen die höhere Besteuerung des Tabaks.

### Unsichere Kantontisten.

Wie unsicher die Stellung nationalliberaler Abgeordneter zur Tabaksteuervorlage ist, trotzdem Bassermann 1907 im Reichstage gegen die Vanderolesteuer eine Erklärung im Namen seiner Fraktion abgab, das wollen wir an einigen weiteren Beispielen hier zeigen:

Der Abg. Dr. Djan, bei dem Tabakarbeiter vorstellig wurden und ihn um seine Stellungnahme zu den Steuererhöhungen befragten, hat erst, nachdem ihm mitgeteilt wurde, daß sein Parteifreund Dr. Conke einen ablehnenden Standpunkt eingenommen habe, die Erklärung abgegeben, daß er in seiner Fraktion in diesem Sinne wirken werde.

Abg. Dr. Jund-Leipzig hat seine Wandlungsfähigkeit in blendendem Lichte gezeigt. Vor 2 Jahren erklärte er als Diskussionsredner in einer sozialdemokratischen Wahlversammlung, daß er von den Schäden der indirekten Steuern völlig überzeugt sei, daß sie in der Hauptsache die unbemittelten Klassen trafen. Leider sei nach Annahme des neuen Zolltarifs und nach den neuen Handelsverträgen wenig in dieser Hinsicht zu machen. Er werde aber alles tun, was möglich sei, um die bestehenden indirekten Steuern einzuschränken. Am Tage darauf sprach Herr Jund in eigner Versammlung über das gleiche Thema. Auch hier war er von der Schädlichkeit der indirekten Steuern noch tief durchdrungen, weniger dagegen schon von dem Entschluß, auf ihre Einschränkung hinzuwirken. „Ohne indirekte Steuern kann leider kein Staat bestehen“, erklärte er. Immerhin sprach er auch hier noch die Abicht aus, wenigstens nicht die Hand zu neuen indirekten Steuern zu bieten.

Jetzt schreiben die Leipziger Neuesten Nachrichten über Neuzerungen Junds zur Finanzreform folgendes:

Dr. Jund ging von dem Problem der Reichsfinanzreform aus, das gelöst sein müsse, wenn das deutsche Volk mit gutem Gewissen an die Regelung der Verfassungsfrage gehen wolle. Das Verhältnis zwischen direkter und indirekter Belastung sei, zumal im Vergleich zum Ausland, in Deutschland heute so günstig, daß man vor einer Erhöhung von Verbrauchssteuern nicht zurückzuschrecken brauche.

Drahtsicher konnte das Wort von der nationalliberalen Drehscheibe nicht illustriert werden.

Der nationalliberale Reichstagsabgeordneter Rimpau hat kürzlich den Empfang einer Kommission der Halberstädter Tabakarbeiter abgelehnt.

Er erklärte einem Mitgliede der Kommission, das ihn zu bewegen suchte, die Tabakarbeiter wenigstens anzuhören, schließlich: „Was wollen Sie denn? Sie wollen doch weiter nichts, als daß ich gegen die Tabaksteuer stimmen soll und das kann ich nicht. Wir können doch unser Vaterland nicht zugrunde gehen lassen. Es ist immer dasselbe Bild, sobald ein Steuergesetz erscheint, kommen die Interessenten und sagen: Wir können das nicht tragen, sondern laßt die andern bezahlen. Das ist nichts weiter als krasser Egoismus, denn der Tabak ist schon lange geschont worden. Nun werden Sie aber einwenden, laßt doch die Reichen bezahlen, die haben es doch. Ja, diese würden aber dann unser Vaterland verlassen, denn jetzt schon ziehen die reichen Leute von Berlin weg, um sich außerhalb anzufiedeln und die hohen Steuern nicht zu bezahlen.“

Der Abg. Horn-Kreuz beantwortete eine Einladung zu einer Protestversammlung durch folgenden Brief:

Der gefälligen Einladung zu der am 16. d. M. stattfindenden Protestversammlung gegen die Erhöhung der Tabakfabriksteuer bedauere ich, nicht folgen zu können, da wir bei der gegenwärtigen Geschäftslage im Reichstage täglich wichtige Fraktionsitzungen haben, denen ich nicht fernzubleiben vermag. Eine schriftliche Darlegung meines Standpunkts gegenüber der Vorlage würde ausführliche Darlegungen erfordern, zu denen es mir bei der augenblicklichen Geschäftshäufung an Zeit gebricht und die im gegenwärtigen Zeitpunkte um deswillen nicht tunlich sind, weil meine Fraktion zur Vorlage noch nicht Stellung genommen hat. (November! Anm. d. S.) Jedenfalls dürfen Sie überzeugt sein, daß meine Fraktion bei dieser Stellungnahme die Interessen der Tabakindustrie nicht minder berücksichtigen wird, wie diejenigen des Reichs.

Hochachtungsvoll

M. Horn.

Herr Horn wird nun wohl wissen, ob er gegen eine höhere Belastung des Tabaks ist oder nicht.

Der konservative Abg. Pauli-Potsdam verwies nach dem Osthavelländischen Kreisblatt in einer Versammlung in Rehn am 10. Januar „besonders bei der Branntwein-, Tabak- und Biersteuer auf das Ausland, das vielfach bedeutend höhere Steuern in diesen Arten aufbringe als Deutschland, ohne daß der Konsum darunter leide“.

Diese großartige volkswirtschaftliche Kenntnis macht natürlich Herrn Pauli zu einem Freunde der Tabaksteuererhöhung!

## Die wirtschaftliche Krise und die Gewerkschaften.

An der Hand der Marxschen Theorie, daß wirtschaftliche Krisen in der kapitalistischen Gesellschaft eine notwendige Erscheinung sind, führte Genosse Max Grundwald in einer gewerkschaftlichen Versammlung weiter aus, welche Wirkungen die Krisen auf die Gewerkschaften haben. Wir heben daraus folgendes hervor:

Die Gewerkschaften werden durch die Krise zu großen Geldopfern in Form von Arbeitslosen-, Heize-, Krankenunterstützung veranlaßt. Sie werden aber auch dadurch getroffen, daß in Zeiten der Krise eine Anzahl von Mitgliedern der Organisation den Rücken kehren. Dies zu verhindern, muß eine der Hauptaufgaben der Gewerkschaften sein. Das können sie, indem sie die Mitglieder erzieherisch beeinflussen, so daß dieselben auch in den Zeiten der Krise der Organisation treu bleiben. Diese beiden Erscheinungen: Geldopfer für Unterstützungen und Verlust an Mitgliedern, machen die Krise zu einer besonderen Feuerprobe für die Gewerkschaften. In ihrer Bestimmung, in ihrem Klassenbewußtsein müssen die Arbeiter gestärkt werden. Dadurch könnten die Gewerkschaften in den Zeiten der Krise ihre Kraft beweisen. Die innere Kraftprobe, welche darin besteht, daß die Mitglieder so erzogen werden, daß sie auch in den schwersten Zeiten mit der Organisation durch dick und dünn gehen, ist mindestens ebenso notwendig wie die äußere Kraftprobe der Geldunterstützung. Es muß gekämpft werden gegen die Ansicht, daß die Arbeitslosenunterstützung ein Ersatz für den entgangenen Arbeitsdienst sein soll. Sie kann nichts anderes sein, als eine Unterstützung, eine Beihilfe in Zeiten der Not. Pflicht der Gesellschaft ist es, allen ihren Gliedern, also auch den Arbeitern, ein Recht auf ihre Existenz zu geben. Die Kapitalisten möchten allerdings, daß diese Pflicht der Gesellschaft von den Arbeitern übernommen wird. Ein solches Verlangen erfüllen zu wollen, wäre eine Torheit. Die Unterstützung durch die Gewerkschaft hat ihre Grenze und muß ihre Grenze haben. Für die Krise und ihre Folgen für die Arbeiter ist das herrschende System verant-













